

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 61

Artikel: Reichtum und Armut : Vermögensentwicklung in Europa und in der Schweiz
Autor: Mäder, Ueli
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reichtum und Armut

Vermögensentwicklung in Europa und in der Schweiz

Europa ist, wie jeder Kontinent, vielfältig: wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell. Trotz Euro und Europäischer Union bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Staaten. Gleichwohl waren sie noch nie so nahe und friedlich beisammen wie heute. Und das trotz permanenten Krisen und einer eigennützigen Wirtschaft, die finanzgetrieben das Primat beansprucht.

Wie gross das Gefälle der Kaufkraft innerhalb der EU ist, zeigt das Ranking des Europäischen Statistischen Berichtes (Eurostat 2011). Luxemburg ist reich, Bulgarien arm. Und Italien hält sich in der Mitte. Durchschnittlich hat eine Person in Europa jährlich 11'750 Euro zur Verfügung. In Lichtenstein sind es 38'000 Euro, in Moldawien 673. Gemeinsam ist vielen Ländern, dass sie Banken retten und mit ihrer Verschuldung helfen, private Vermögen anzuhäufen. Die einseitige Bereicherung stammt allerdings auch von den hohen Gewinnen grosser Unternehmen. Sie heben die Preise an, senken Löhne und profitieren von niedrigen Steuern und von einer Politik, die sich schwach gegenüber Starken (Konzernen) und stark gegenüber Schwachen (Bürgerinnen und Bürgern) verhält.

Reich und privilegiert

Ein „Comeback der Reichen“ stellte die Boston Consulting Group bereits vor einem Jahr in ihrer Studie über den globalen Wohlstand (BCG 2010) fest. Im Jahr 2009 stiegen die Vermögen von privaten Anlegenden (in Bargeld, Aktien, Wertpapieren und Fonds) um 11,5 Prozent auf 111,5 Billionen US-Dollar. Als reichste Region erwies sich die europäische. Sie steigerte ihre privaten Vermögen auf 37,1 Billionen Dollar. Das entspricht einem Drittel des Weltvermögens. Auf dem zweiten Platz folgte die USA mit 35,1 Billionen US-Dollar. Im Jahr 2010 erhöhten sich die globalen Werte der Vermögen um weitere acht Prozent auf 122 Billionen Dollar. Das sind etwa 20 Billionen Dollar mehr als Ende 2008, dem angeblichen Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise. Was dabei auffällt, ist die Placierung der USA.

Die Vereinigten Staaten haben, was die Steigerungsquote privater Anlagen anbelangt, Europa überholt. Das weist der „Global Wealth Report“ (BGC 2011) aus. In den USA stieg der Wert privater Anlagen um über zehn Prozent auf 38,2 Billionen Dollar. Europa legte um weniger als fünf Prozent zu. Zusammen kommen Nordamerika und Europa auf über 60 Prozent der weltweiten Vermögen. Dieser Betrag ist doppelt so hoch wie die gesamte

wirtschaftliche Leistung (BSP), die innerhalb eines Jahres weltweit erfasst wird. Allein die USA und Kanada sind zusammen so reich wie Afrika, der Nahe Osten und Lateinamerika zusammen. In Europa stehen Grossbritannien mit 7,9 Billionen Dollar und Deutschland mit 7,4 Billionen Dollar an oberster Stelle. „Sie haben die Krise der Vorjahre nicht nur gemeistert und überwunden, sondern sie sogar nutzen können, um Marktanteile zu gewinnen und die Vermögen zu mehren“, schreibt Arno Balzer, Chefredaktor des Deutschen „Manager Magazin“. „Der Wohlstand der Nation“ heisst seine Kolumne. Er veröffentlichte sie in der Spezialausgabe über „Die 500 reichsten Deutschen“ (Okt. 2011).

Arm und verschuldet

Der Europäische Statistische Bericht (Eurostat 2011) weist die Verschuldung der Länder in Anteilen am Bruttoinlandprodukt (BIP) aus. Mit dem Stichdatum vom 31.12.2010 kommen Deutschland, Grossbritannien und Frankreich auf je über 80 Prozent; in Italien sind es schon 119 Prozent, in Griechenland 143 Prozent, in Schweden nur 40 Prozent. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich viele Staaten in den Jahren 2009 und 2010 verschuldet wie nie zuvor (seit dem Zweiten Weltkrieg). Ohne Darlehen der EU stünden Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal zahlungsunfähig da. Auch in Deutschland stiegen die Schulden in einem Jahr um 10 Prozent. Wobei Deutschland zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds ein hartes Schuldenregime durchsetzt, das andere Länder entmündigt, mit Sparauflagen bis zur Rezession antreibt und dafür hohe Zinsen verlangt. Wie Werner Vontobel (2011) festhält, „ist der Umgang der EU mit den Staatsschulden ihrer Mitglieder ein Desaster“. Denn es gibt die Alternative. So funktionierte nämlich damals das Londoner Schuldenabkommen von 1953, das die Schulden von Deutschland einfach halbierte und so das viel gepriesene „Wirtschaftswunder“ initiierte.

Heute treibt die Schuldenpolitik Millionen von Menschen in die Armut. Nach dem Bericht „Income and living conditions in Europe“ (Eurostat 2010) leben über 80 Millionen Menschen in der EU armutsgefährdet. Dazu zählen alle Personen, deren verfügbares Einkommen unter der nationalen Schwelle der Armutsgefährdung liegt. In Bulgarien sind es besonders viele, in den Niederlanden eher wenig. Und Deutschland befindet sich knapp unter dem EU-Schnitt von 16,5 Prozent.

Vermögen auf Schweizer Banken

Seit 1989 verschärft sich die soziale Ungleichheit auch in der Schweiz. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt über 58,9 Prozent der steuerbaren Nettovermögen. Das heisst, ein Prozent besitzt mehr als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010). Soweit der Befund eines renom-

mierten Finanzinstituts, das für diese Transparenz aus Bankenkreisen viel Kritik einstecken musste und künftig seine Analysen „bereinigen“ wird. Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen jedenfalls (trotz Einbussen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden Franken im Jahr 2009 (Bilanz, 3.12.2010). 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die 2010 vererbt wurden, erhielten Millionäre mehr als die Hälfte. Oligarchische Prozesse unterlaufen meritokratische. In viel Reichtum steckt wenig eigene Leistung.

Schweizer Banken verwalten über 4'000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral, zusammen mit der Verschwiegenheit und die Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern. Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine führende Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie: sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz.

Armut wird wegdefiniert

In der reichen Schweiz (mit einer Bevölkerung von über 7,5 Millionen Personen) gibt es aber auch 240'000 Sozialhilfeabhängige sowie 180'000 Erwerbslose und Jugendliche, die keine Stelle haben. Zudem rund 150'000 erwerbstätige Arme. Zu diesen „working poor“ gehört offiziell, wer mindestens 90 Prozent erwerbstätig ist und weniger Lohn erhält, als das Existenzminimum ausmacht. Wenn wir auch die Kinder und weitere Familienangehörige einbeziehen, gibt es schon mehr als doppelt so viele Betroffene. Hinzukommen noch die alleinerziehenden Mütter, die wegen ihren Betreuungspflichten weniger als 90 Prozent Lohnarbeit verrichten und deswegen statistisch nicht als „working poor“ gelten. Werden sie ebenfalls dazugerechnet, lebt fast eine halbe Million Menschen in „working poor“-Verhältnissen.

Noch mehr sind es, wenn wir alle 400'000 Personen berücksichtigen, die weniger als 22 Franken pro Stunde verdienen. Das ist der Ansatz, den die Gewerkschaften als Mindestlohn vorsehen. Sie verdienen alle bei einer 100-Prozent-Anstellung weniger als 4'000 Franken im Monat (Lampart/Gallusser 2011). Bei den untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte sanken die verfügbaren Einkommen seit den 1990er Jahren sogar deutlich. Sie hatten im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998.

Die Schweiz verharmlost die Armut und definiert sie in der Öffentlichkeit teilweise einfach weg. Betroffene haben dann umso mehr das Gefühl, selber für ihre Situation verantwortlich zu sein. Die Armut beeinträchtigt die Gesundheit. Sie erhöht das Risiko von Krankheiten. Und die Lebenserwartung sinkt von der obersten zur untersten Einkommensschicht. Arme weisen eine deutlich höhere Sterblichkeit von Säuglingen auf, zudem eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle.

Wer hat, dem wird gegeben – Gewinnmaximierung gefährdet soziale Sicherheit

Nach dem zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz und in weiten Teilen Europas breite Bevölkerungskreise ihre materielle Lage. Politisch Liberale betrachteten Kapital und Arbeit als gleichwertige Wirtschaftsfaktoren. Das änderte sich mit der angekurbelten internationalen Konkurrenz. Seit der rigorosen Liberalisierung nach 1989 setzte sich vermehrt der angelsächsische Markt-Liberalismus durch. Er forciert die Kapitalgewinne. Und die Rationalisierung der Produktion erhöht den Lohndruck. So lautet eine vordergründige Erklärung. Sie stellt die Zunahme von Erwerbslosigkeit als Sachzwang dar. Und das zu Unrecht. Denn die Rationalisierung der Produktion erhöht die Produktivität. Technologische Errungenschaften ermöglichen uns mehr Musse. Mit der Verteilung von Arbeit und Erlös hapert es jedoch sehr. Die (Produktivitäts-)Gewinne werden einseitig privatisiert; und die Kosten sozialisiert. Während Unternehmen ihren Einfluss konzentrieren und die Renditen aus Arbeit und Kapital absorbieren, verliert das demokratische Korrektiv an Gewicht. Das zeigt sich auch beim Abbau sozialer Leistungen.

Seit dem Jahr 2005 gibt die Schweiz, trotz immens gestiegenem Reichtum, weniger Anteile ihres Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherheit aus. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4 Prozent wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7 Prozent) von insgesamt 124 Mrd. Franken (2008). Und die Sozialleistungsquote ist von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008) gesunken (BSV 2010). Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert und die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt rückläufig sind. Dieser Befund erstaunt, denn populistische Parolen erwecken den Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen.

Die soziale Sicherung ist aber vor allem aus menschlichen Gründen wichtig. Und Geld ist genügend vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille zur Umverteilung. Betriebswirtschaftliche Konzepte überlagern das volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Denken. Und Modernisierungsstrategien verdrängen auch Dependenztheorien, die einseitige

Abhängigkeiten vermindern wollen. Investitionen, die deutlich weniger zunehmen als die Gewinne, sollen Luxusinseln schaffen und ein wenig Wohlstand ins Hinterland durchsickern lassen.

In den USA reüssieren zudem schon wieder jene Kreise, die risikofreudig von Neubewerteten Anlagen profitieren. Das schürt die Illusion, die Finanzprobleme ausgerechnet mit denjenigen Mitteln lösen zu können, die sie verursacht haben. Wer hat, dem wird gegeben, lautet das altbekannte Motto. So ist im Jahr 2011 weltweit auch die Zahl der Dollar-Millionäre auf 12,5 Millionen gestiegen. Das sind 1,5 Millionen Haushalte mehr als 2010. Sie machen insgesamt weniger als ein Prozent der Haushalte aus. Aber sie besitzen weltweit 39 Prozent der Vermögen. Und nach der ETH-Studie „The Network of Global Corporate Control“ (Vitali 2011) kontrollieren 147 Konzerne 40 Prozent des Kapitals aller multinationalen Konzerne. Wenn das so weitergeht, wird es gefährlich. Wir müssen den Machtverhältnissen immer weiter auf die Spur kommen, um sie zu verändern.

Literatur

- Balzer, Arno, 2011. Der Wohlstand der Nation. Manager Magazin, Oktober. Hamburg
BCG, 2011: Global Wealth Report. Consulting Group. Boston
BCG, 2010: Global Wealth Report. Consulting Group. Boston
Bilanz, 2010: Die 300 Reichsten. 3.12. Zürich
BFS, 2011: Statistischer Sozialbericht Schweiz 2011. Neuenburg
BSV, 2010): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010. Bern
Credit Suisse, 2010: Global Wealth Databook. Zürich
Lampart, Daniel / Gallusser, David, 2011: SGB-Verteilungsbericht. Dossier Nr. 77. Bern
Mäder, Ueli/Aratnam, Ganga J./Schilliger, Sarah, 2010: Wie Reiche denken und lenken. Zürich
Paucker, Julie / Teuwsen, Peer, 2011: Wohin treibt die Schweiz? Zehn Ideen für eine bessere Zukunft. München und Zürich
Eurostat, 2011: Regional discrepancies in private household income. Brüssel
Eurostat, 2010: Income and living conditions in Europe. Brüssel
Vitalim, Stefania / Glattfelder, James B. / Battiston, Stefano, 2011: The network of global corporate control. ETH. Zürich
Vontobel, Werner, 2011: Griechen retten Deutsche. SonntagsBlick, 27.11. Zürich